

Erfcheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtshand
für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf
Lieferung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sprechstube Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 280

Montag, den 30. November 1931

Jahrgang 104

Vom Glauben an Deutschland

Minister Gröner an das deutsche Volk — Die Schicksalsfrage: Terror oder Kampf mit geistigen Kräften?

U. Berlin, 30. Nov. Reichsminister Dr. Gröner sprach am Sonntagabend im Rundfunk über das Thema „Vom Glauben an Deutschland“. Er führte dabei u. a. aus: Politischer Haß und Streit, heftigste Gegensätze und ungeheuerliche wirtschaftliche Not beherrschen die Zeit. Ueber Stadt und Land bis ins harmloseste Dorf verbreitet sich das Gift aufreizender Nachrichten, deren Wahrheit vom einzelnen nicht nachgeprüft werden kann. So kommt es, daß viele in Verwirrung und Hoffnungslosigkeit Trugbildern nachjagen. Es gibt kein Allheilmittel zur Beseitigung der Notstände. Mit Protesten ist nichts gewonnen, weil sie meist aus Irrtum geboren sind. Ich denke nicht daran, so erklärte der Minister weiter, etwa die Staatskunst mit Notverordnungen zu rühmen. Im Gegenteil, ich wäre von Herzen froh, wenn es ohne solche rohen Eingriffe abginge. Leider ist die Regierung aber gegenwärtig durch die Gefährdung des Staates und seiner Sicherheit gezwungen, den Weg der Notverordnungen zu gehen.

In meinem Amt als Reichsinnenminister gedenke ich nicht lediglich mit polizeilichen Mitteln zu arbeiten. Ich habe den brennenden Wunsch, auf die geistigen und moralischen Kräfte des deutschen Volkes einzuwirken, die Verzweiflungsstimmung zu bekämpfen und die Gegensätze zu mildern. Mancher wird denken: „Der Mann bietet uns Steine statt Brot.“ Freilich, materiell kann ich nichts bieten. Aber mit heiligem Bemühen möchte ich allen Deutschen den unerschütterlichen Glauben an Deutschlands Zukunft geben. Das ist der gesunde Optimismus, den wir alle brauchen, wenn wir als Volk und Nation einem neuen Aufstieg entgegengehen wollen.

Der feste Grund, auf dem dieser Optimismus sich aufbauen muß, soll unser Staat sein, die deutsche Republik. Wehe denen, die glauben, durch ein Unterhohlen dieses Staates und durch seinen Zusammenbruch eine glücklichere staatliche Grundlage für den Wiederaufstieg zu schaffen! Diese Träumer sehen nicht die Wirklichkeit, aber sie bilden keine Gefahr, denn die Staatsmacht steht fest und entschlossen. Die Regierung ist wachsam, um alle Versuche gewalttätiger Auflehnung mit äußerster Tatkraft niederzuschlagen. Vor solchen Vorkommnissen bewahre uns der Himmel und vor allem das deutsche Volk, denn jeder solcher Spuk ist zerstoben, wenn das Volk in Geschlossenheit nicht nur einzelne Gewalttakte ablehnt, sondern überhaupt die verrückten Ideen terroristischer Regierungsmethoden. Der Kampf um politische Anschauungen muß mit geistigen Kräften ausgefochten werden, nicht mit den Waffen. Gewalttakte im politischen Leben des Volkes schädigen das Ansehen Deutschlands auf der ganzen Welt auf das Schwerste und gefährden seinen Wiederaufstieg.

Wenn Reichskanzler Brüning kürzlich im Rundfunk davon gesprochen hat, daß die Schicksalsverbundenheit zum Fluch würde, wo ein Volk sich nicht zu gemeinsamem Tragen, Helfen und Schaffen zusammenschließt, so gilt das nicht nur für die Ueberwindung der materiellen Not im Lande, sondern ebensosehr für alle Politik im Innern und nach außen. Und wenn die Not auf der ganzen Welt die Völker endlich zu einer Weltverbundenheit führen soll, so ist es von höchster Bedeutung, daß das deutsche Volk nicht in politischer Zerissenheit dasteht, wie ein zum endgültigen Niedergang verurteilter Volkskörper. Noch sind die deutschen Fähigkeiten auf dem Gebiete der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik ungebrochen. Warum also verzagen? Verzagen zum Staat muß sich vermählen mit dem Vertrauen zu den eigenen Kräften. Dieses soll ein Bekenntnis von jedem sein, ob er in der Arbeit steht oder seine Arbeitskraft unter dem Zwang der Not ruhen lassen muß. Dabei finden wir den seelischen Nüchtern in den bitteren Tagen der Gegenwart an unserer großen Vergangenheit. Die deutsche Geschichte zeigt in den vergangenen Jahrhunderten ragende Höhe und donnernden Fall. Immer wieder hat sich Deutschland aus der Tiefe zum Licht emporgerungen, trotz des uralten Erbübels der Deutschen, der Zwietsch. Eine besondere seelische Stärkung gegen dieses Erbübel mögen wir herausholen aus dem heroischen Ringen unseres Volkes im Weltkrieg, wie auch in jenen kurz zurückliegenden Zeiten, wo in den Westmarken die Volksgenossen zur Rettung der deutschen Reichseinheit sich opferten.

Und jetzt? Ist es nicht so, wie wenn viele Tausende von Deutschen sich nicht mehr kennen und verstehen wollten? Alle die Parteien, mit denen wir leider zu viel gesegnet sind, merken sie nicht, wie durch das parteipolitische Treiben die Reichseinheit erschüttert wird? Es gibt keinen Propheten, der das Schicksal des deutschen Volkes voraussagen könnte, aber eines kann jeder Deutsche klar erkennen: daß ein Emporstiegen unserer Nation wirtschaftlich und politisch nur möglich ist, wenn sie stark ist und treu! Dazu rufe ich alle auf, die guten Willens sind. Der Minister schloß mit dem Richte-Wort:

„Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben,
An deines Volkes Auferstehen,
Laß diesen Glauben dir nicht rauben,
Trotz allem, allem was geschieht!
Und handeln sollst du so als hinge
Von dir und deinem Tun allein
Das Schicksal ab der deutschen Dinge
Und die Verantwortung wär dein!“

Die Vorgänge in Hessen

Der Oberreichsanwalt beantragt Voruntersuchung

U. Berlin, 30. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: In dem Strafverfahren wegen der bekannten Vorgänge in Hessen hat der Oberreichsanwalt die Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung wegen Vorbereitung zum Hochverrat beantragt.

Eine amtliche hessische Aeußerung

Die Hessische Amtliche Pressestelle stellt gegenüber irreführenden nationalsozialistischen Behauptungen u. a. folgendes fest: 1. Die in Frage kommenden Dokumente sind nach den Ermittlungen das Ergebnis von Besprechungen, die sich auf einen längeren Zeitraum erstrecken und die zwischen allen maßgeblichen Führern der NSDAP. (in Hessen) stattgefunden haben. U. a. haben an der Schlußbesprechung auf dem Vogheimer Hof allein vier Abgeordnete teilgenommen, darunter der stellvertretende Gauleiter für Hessen, Hauptmann a. D. Waffung (der damals an Stelle des verstorbenen Gauleiters die Geschäfte der Gauleitung führte und der außerdem auch noch das wichtige Amt des Organisationsleiters bekleidet). Sämtliche Teilnehmer an den Besprechungen sind innerhalb der Gauleitung an maßgeblichen Stellen tätig. 2. Die Behauptung, daß die Hausung ein ergebnislos verlaufen sei, ist völlig aus der Luft gegriffen. Im Interesse der Sicherstellung des Untersuchungsergebnisses können weitere Angaben gegenwärtig nicht gemacht werden.

Dr. West ist als Leiter der Rechtsabteilung des Gaues Hessen Mitglied der Gauleitung des Gaues Hessen und als solches selbstverständlich an der Führung der Partei maßgebend beteiligt. Eine solche Stellung kann man im Rahmen der NSDAP. natürlich nur dann innehaben, wenn man das volle Vertrauen der Reichsleitung genießt. Wie Dr. West in einem Artikel mitteilt, hat er nach Fertigstellung

der hochverräterischen Entwürfe „das Programm der künftigen hessischen Politik der NSDAP. ausgearbeitet“.

Auf Grund der bekannten Vorfälle hat Justizminister Kirnberger den Gerichtsassessor Dr. Werner West mit sofortiger Wirkung außer Verwendung gesetzt. West kehrt in den hessischen Justizdienst nicht mehr zurück.

Das Reichsbanner fordert Eingreifen der Staatsgewalt

Der Berliner Gauvorstand des Reichsbanners Schwarz-rot-Gold rief angesichts der in Hessen bekannt gewordenen nationalsozialistischen Pläne die Bevölkerung Berlins am Sonntag zu großen Kundgebungen gegen den Nationalsozialismus auf, um ein rücksichtsloses Eingreifen der Staatsgewalt zu verlangen. Der Abg. Scheidemann bezeichnete in einer Rede die hessischen Pläne als das wahre Programm des Nationalsozialismus. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird erklärt, die Geduld der Republikaner und der breiten Massen des Volkes sei erschöpft. Sie verlangen, daß die Führung in Reich und Ländern offen den Mut zur Tat beweise, um Freiheit, Demokratie und Republik zu erhalten und die Gegner niederzuzwingen.

Nationalsozialistischer Schriftleiter zu 1½ Jahren Festungshaft verurteilt

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat den Schriftleiter der Nationalen Arbeiterzeitung in Essen-Karnap, Fritz Kanapinn, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 1 Jahr und 6 Monaten Festungshaft verurteilt. Drei Monate und drei Wochen gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Der Senat ist damit dem Antrage des Oberreichsanwalts gefolgt. Der Verurteilte arbeitete auf einen gewalttätigen Umsturz hin und hatte durch zahlreiche Briefe an Gefinnungsgenossen, darunter auch an Beamte, versucht, eine Vereinigung zu schaffen, die den Sturz der Regierung oder wenigstens des derzeitigen Systems bezwecken sollte.

Tages-Spiegel

Reichsminister Gröner hielt gestern eine Rundfunkrede, in der er zum Kampf gegen terroristische Ideen die geistigen und moralischen Kräfte im deutschen Volk aufrief.

Der Oberreichsanwalt hat über die heftigsten Dokumente die Voruntersuchung wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeordnet.

Bei einem Einbruch in das Reichsversicherungsamt in Berlin wurden 40 000 Mark Lohngehälter geraubt.

Bei den Landesauswahlfahrten im oldenburgischen Landesteil Birkenfeld konnte sich die NSDAP. von 25 Kandidaten 12 sichern.

In Rom sind gestern neue Wirtschaftsverhandlungen über den deutsch-italienischen Güteraustausch aufgenommen worden.

Japan hat eine teilweise Zurückziehung seiner Truppen in der Mandchurei angeordnet, um Verwicklungen mit auswärtigen Großmächten, besonders mit Amerika, vorzubeugen.

Deutsche Note an England

Auregung von Zollverhandlungen.

U. London, 30. Nov. In einer deutschen Note an die englische Regierung wird darauf hingewiesen, daß die Einführung gewisser englischer Zölle für den deutschen Handel besonders abträglich sei. Die deutsche Regierung wolle von dem Recht Gebrauch machen, daß ihr auf Grund des Artikels 2 des Protokolls zum deutsch-englischen Handelsvertrag gegeben wird, nämlich anzuregen, die deutschen Beschwerdepunkte in einer Konferenz zu erörtern. Die deutsche Regierung sei bereit, zu diesem Zweck eine Abordnung nach London zu schicken. Sehr erwünscht wäre es, wenn die Verhandlungen möglichst bald stattfinden könnten.

Bei den von Deutschland in London angeregten Besprechungen über die Zollfragen handelt es sich für Deutschland in erster Linie darum, ob die englischen Zollmaßnahmen im Rahmen der handelspolitischen Abmachungen möglich sind. Es ist zu erwarten, daß es gelingen wird, mit England über die kritischen Fragen ins Einvernehmen zu kommen. Die deutsche Ausfuhr nach England erleidet durch die englischen Zollmaßnahmen insgesamt eine Einbuße von etwa 100 Millionen RM., das sind 12 Prozent der deutschen Gesamtausfuhr nach England überhaupt.

Nächtlicher Einbruch im Reichsversicherungsamt

40 000 M. Lohngehälter geraubt. — Angestellte als Mittäter
U. Berlin, 30. Nov. In der Nacht zum Sonntag drangen bisher unbekannte Täter in das Reichsversicherungsamt ein und knaderten zwei Geldschränke auf. Soweit sich bisher feststellen ließ, haben die Täter Lohngehälter in Höhe von 40 000 M. erbeutet.

Gegen Mitternacht, als sich der Wächter auf einem Kontrollgang befand, schlugen plötzlich die Alarmglocken an. Der Wächter ging mit 3 im selben Hause wohnenden Angestellten in den Kassenraum, konnte dort aber nichts Auffälliges entdecken. Da die Alarmvorrichtungen so eingerichtet sind, daß sie sofort ertönen, wenn die Kassenschranke berührt werden, nahmen die 4 Personen an, daß sich die Vorrichtung vielleicht durch eine Erschütterung selbst ausgelöst habe. Sie verließen den Raum und entfernten sich. Erst als der Kassierer am Sonntag vormittag den Kassenraum betrat, stellte er fest, daß die beiden Kassenschränke an der Seite aufgerissen waren. Die Kriminalpolizei ist der Auffassung, daß die Täter unter den Angestellten des Reichsversicherungsamts über Mittäter verfügt haben müssen.

Japanischer Rückmarschbefehl in der Mandchurei

U. London, 30. Nov. Die japanischen Truppen in der Mandchurei haben Rückzugsbefehl erhalten. Der japanische Botschafter in Washington erklärte, daß das ganze Gebiet westlich des Hiao-Flusses geräumt werden würde. Die japanischen Truppen würden somit auch aus der Gegend von Sjinin und Tschintschau zurückgezogen werden.

In halbamtlichen Tokioter Kreisen verlautet, der Rückzugsbefehl an die japanischen Truppen sei darauf zurückzuführen, daß die maßgebenden Stellen in Tokio jede Verwicklung mit Amerika, Frankreich oder anderen Mächten haben vermeiden wollen, die durch einen Angriff auf Tschintschau unbedingt entstanden wären.

Die deutsche Industrie gegen Versailles

Auf der Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Berlin sprach der neue Vorsitzende des Reichsverbandes Dr. Krupp von Bohlen und Halbach. „Die Tragödie“, so führte er u. a. aus, „die seit 17 Jahren über die Welt hereingebrochen ist, hat nichts mit einem Versagen des Wirtschaftssystems zu tun. Mit einem Ende der Notzeit kann gerechnet werden, wenn durch ein Zusammenwirken aller an der Weltwirtschaft maßgebend beteiligten Länder Umkehr geschaffen wird. Eine wirtschaftliche Gesundung ist nicht möglich ohne eine Senkung der Kreditkosten, ohne eine Befreiung des deutschen Geldmarktes vom Druck der öffentlichen wie privaten schwebenden Schulden und ohne eine endgültige Beseitigung aller Reste der Zwangswirtschaft. In einer Notzeit wie der jetzigen ist jeder übertriebene Aufwand nicht nur sachlich, sondern auch moralisch unverantwortlich. Wir müssen nach innen, aber auch nach außen den Anschein vermeiden, als wenn das deutsche Volk sich nicht selbst klar darüber sei, wie notwendig es ist, in allen Ecken und Enden bis auf die Pfennige zu sparen. Wir dürfen nicht zögern, auch in der Frage der Reichsreform die Schritte zu unternehmen, die von dem Zwang zu einer Sparmaßnahmen, übersichtlichen und einseitigen Verwaltung diktiert sind.“

Der Reichsverband werde sich nach wie vor jederzeit von der Ueberzeugung leiten lassen, daß das Schicksal der deutschen Landwirtschaft von höchster nationaler Bedeutung sei. Gleiches gelte auch für die mittlere und Kleinindustrie. Der Reichsverband sei der Auffassung, daß ebenso wie dem Kulturbolschewismus auch der Gottlosenpropaganda nicht entschieden genug entgegengetreten werde.

Was die Reparationsfrage betrifft, so hat die Entwicklung dieses Jahres mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Reparationen nicht nur für Deutschland eine unhaltbare Belastung darstellen, sondern daß sie auch, weltwirtschaftlich gesehen, ein Wahnsinn sind. Ein großer Teil der Welt ist heute schon der Ueberzeugung, daß für das Elend, das über Europa wie über die ganze Welt hereingebrochen ist, vor allem der auf der Kriegsschuldfrage aufgebaute Versailleser Vertrag verantwortlich zu machen ist. So lange es ein deutsches Volk gibt, wird sein nationales Bewußtsein sich gegen den Inhalt dieses Vertrages zur Wehr setzen. Es ist für den Reichsverband selbstverständlich, daß er in der Front derer steht, die in dem Versailleser Vertrag keine endgültige Regelung sehen, die Jahrzehnte und Geschlechter überdauern kann. Im Interesse der europäischen Völkergemeinschaft muß und soll — daran zweifle ich nicht — eine Lösung gefunden werden, die dem Gedanken der fruchtbarsten Zusammenarbeit der Völker einen neuen Auftrieb gibt.

Nach längerer Krisisführungen des preussischen Handelsministers Dr. Schreiber über die Wirtschaftslage in der Zeit der Krise, nahm Geheimrat Kaßl das Wort und betonte, daß das wirtschaftspolitische Gesetzgebungsmerk noch den großen Leitgedanken vermissen lasse. Die Industrie müsse die bestimmte Erwartung aussprechen, daß die Reichsregierung nunmehr schnell die Maßnahmen treffe, die die wirtschaftliche Lage erfordere. In seinem Schlusswort wies Dr. Krupp darauf hin, nur wenn die Reichsregierung ganz schnell mutige Entschlüsse fassen, könne die wandelnde Stimmung wieder ausgerichtet werden. Es sei dabei nicht entscheidend, daß jede einzelne Maßnahme der strengsten Wirtschaftskritik standhalte.

Die Stillhaltefrage

Einigung der New Yorker Bankiers

21. New York, 30. Nov. Die New Yorker Bankiers gelangten in der Stillhaltefrage zu einer grundsätzlichen Einigung über die Verlängerung der kurzfristigen Kredite an Deutschland. 90 Tage-Wechsel, die nach dem 1. Dezember

ausgestellt werden, sollen zur Einlösung der Medioverschuldungen dienen. Es wurde hervorgehoben, daß Deutschland in den letzten drei Monaten bereits 250 Millionen Dollar, also mehr als vorgesehen war, zurückgezahlt hat.

Das Bankers-Clearing-Haus in London hat über die kurzfristigen deutschen Kredite, die unter das Stillhalteabkommen fallen, folgende Mitteilung ausgegeben: „Das Bankers-Clearing-Haus hat neuerlich die Bank- und Akzepthäuser Londons, die mit Deutschland in Geschäftsverbindung stehen, um Geschäftsausweise gebeten. Die Untersuchungen haben ergeben, daß der Gesamtbetrag der unter das Stillhalteabkommen fallenden, von den Londoner Bank- und Akzepthäusern zur Verfügung Deutschlands gehaltenen Kredite sich am 31. Juli 1931 auf weniger als 64 Millionen Pfund belief und daß der Betrag, der von diesen Krediten am 31. Oktober 1931 in Anspruch genommen war, weniger als 55 Millionen Pfund betrug. Von diesem letzteren Betrag stützt sich ungefähr die Hälfte auf Dokumente, wobei der endgültige Beweis für die Verschiffung der Waren noch erbracht werden muß. Diese amtlichen Zahlen zeigen, daß kein Grund besteht, diese deutschen kurzfristigen Verschuldungen höher zu schätzen, noch besteht die Kritik zu recht, die über die Natur der Geschäftstransaktionen geäußert worden ist.“

Im Zusammenhang mit dieser Mitteilung bringt die „Times“ die tiefe Enttäuschung der City über die von Laval in der Vorrangfrage eingenommenen Haltung zum Ausdruck. Nach wie vor sei eine endgültige Zusicherung vorhanden, daß die kurzfristigen Kredite durch die französische Haltung nicht gefährdet werden dürften.

Zollverhandlungen in London

auf deutschen und französischen Antrag.

21. Berlin, 30. Nov. Die Reichsregierung hat der britischen Regierung durch die deutsche Botschaft in London vorgeschlagen, sofort in freundschaftliche Verhandlungen über die Lage einzutreten, die durch die neuesten englischen Zollmaßnahmen entstanden ist.

Die Einführung der englischen Schutzzölle, die die französische Industrie stark in Mitleidenschaft ziehen, haben das französische Handelsministerium veranlaßt, sofort in Verhandlungen mit dem englischen Handelsministerium zu treten, um zu versuchen, ein Abkommen zu treffen, das die Interessen beider Länder wahrt. Eine amtliche Verlautbarung des französischen Handelsministeriums weist darauf hin, daß diese Verhandlungen unverzüglich beginnen werden.

Der französische Finanzminister Lalande hat sich nach London begeben. Man nimmt dort an, daß sein Besuch in erster Linie mit der Frage der Zolltarife zusammenhängt. Die City, so sagt die „Morning-Post“, rechnet jedoch mit der Möglichkeit, daß die Verhandlungen sich auch auf die internationalen Finanzbeziehungen im allgemeinen und auf die Tributfrage erstrecken könnten.

Minister Stegerwald über Lohnfragen

Löhne und Gehälter: 25 Milliarden, Steuern: 15 Milliarden jährlich.

— **Berlin, 30. Nov.** In einer Zentrumsversammlung sprach Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald über Lohn- und soziale Fragen. Der Minister erklärte zunächst, daß durch Lohnsenkung allein die deutsche Wirtschaft nicht gesund werden könne. In der deutschen Wirtschaft werden gegenwärtig an Arbeiter und Angestellte rund 25 Milliarden Reichsmark Löhne und Gehälter jährlich gezahlt. Die Steuern und öffentlichen Abgaben in Reich, Ländern und Gemeinden ohne Sozialversicherung betragen 15 Milliarden oder 60 v. H. der Löhne und Gehälter. An Zinsen hat die deutsche Volkswirtschaft 8 bis 9 Milliarden aufzubringen. An Beamtengehältern in Reich, Ländern, Gemeinden, Provinzen, bei Reichs-

bahn und Reichspost werden rund 7 Milliarden verausgabt, an Pensionen und Hinterbliebenenrenten 1,8 Milliarden. Der Aufwand für die gesetzliche Sozialversicherung ohne Arbeitslosenfürsorge beträgt 1931 rund 3,7 Milliarden. Für die Arbeitslosenfürsorge müssen gut 3 Milliarden Markt aufgewendet werden. Dazu kommen Zinsen für Kapitalverflechtungen, sowie die vielfach überhöhten Kartellpreise und Handelsspannen und die übersehten Gehälter leitender Personen.

Zum Schluß sagte sich der Minister für die Erhaltung der Sozialversicherung in allen ihren Zweigen ein. Eine Erhöhung der Beiträge sei gegenwärtig nicht möglich. Es gebe keinen anderen Weg als Vereinfachung, Verebilligung und vorübergehende Leistungsförderung. Die nächste Notverordnung solle Uebergangsmassnahmen für die gefährdeten Versicherungszweige bringen. Die endgültige Reform der Sozialversicherung müsse trotz aller Schwierigkeiten auf dem Wege der Gesetzgebung in den nächsten Monaten ernsthaft und nachdrücklich versucht werden.

Politische Kurzmeldungen

Reichsverkehrsminister Treviranus ist an den Reichsminister des Innern, Groener, mit dem Antrag herangetreten, ein Reichskurortgesetz zum Gegenstand einer Nessortbesprechung zu machen. Durch die Schaffung einer einheitlichen Grundlage für die rechtmäßige Führung der Bezeichnung „Kurort“ soll der Fortentwicklung der deutschen Bäder die staatlich notwendige Hilfe gegeben werden. — Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedspruch für den Ruhrbergbau, der eine unveränderte Verlängerung der jetzt gültigen Lohnordnung bis 31. Dezember 1931 vorsieht, für verbindlich erklärt. — Im Preussischen Landtag wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Wittmack mit 250 Stimmen zum Präsidenten gewählt. — Die sozialdemokratische „Münchener Post“ hatte vor einigen Tagen eine „Mordliste“ veröffentlicht, nach welcher einst die Nationalsozialisten eine Säuberung vorzunehmen gedächten. Bei den polizeilichen Erhebungen hat ein ehemaliges Mitglied der NSDAP. zugestanden, die Liste willkürlich ohne Zutun und Wissen der Partei selbst angefertigt und der Münchener Post zur Verfügung gestellt zu haben. — Bayerische Kronjuwelen werden am 21. Dezember von einem Londoner Auktionshaus zum öffentlichen Verkauf angeboten werden. Es handelt sich um einige sehr wertvolle Edelsteine und Schmuckgegenstände, die dem Wittelsbacher Ausgleichsfonds bei der Auseinandersetzung zwischen dem bayerischen Königshaus und dem bayerischen Staat überwiesen wurden. — An der Straßburger Universität wurden Flugschriften in deutscher Sprache verteilt, in denen dagegen Einspruch erhoben wird, daß die deutsche Sprache an den elsässischen Schulen nur als Fremdsprache behandelt wird. Die Studenten werden aufgefordert, die Geschichte des Elsaß zu studieren und zu erkennen, daß ihre Muttersprache die deutsche sei. — In der französischen Kammer wurde nach der Aussprache über die Außenpolitik mit 325 gegen 150 Stimmen dem Kabinett Laval das Vertrauen ausgesprochen. — In Budapest sind Gerüchte über zahlreiche Verhaftungen verbreitet, die auf die Aufdeckung eines geplanten Rechtsputsches und die Heimkehr König Ottos zurückgeführt werden. Auf Anfrage bestätigte die Polizei lediglich, daß eine große geheim zu haltende Aktion im Gange sei, über deren Zweck nichts mitgeteilt werden könne. — In den staatlichen Wirtschaften der Sowjetunion sind bei den Getreideverteilungsstellen grobe Verfehlungen der Beamten aufgedeckt worden. Die schuldigen „Brotverbrecher“ sollen als gemeine Verbrecher angesehen und schwer bestraft werden. — Zwischen dem Tokioter Kabinett und den japanischen Militärs in der Mandchurie kam es zu ersten Meinungsverschiedenheiten, die erst durch eine Rücktrittsdrohung des Kabinetts beigelegt werden konnten. Die Militärs weigerten sich, die Truppen aus der Eisenbahnzone zurückzunehmen, die bekanntlich widerrechtlich von Japan besetzt worden ist.

KAMPF OMEGA
 Roman von Kurt Martin
 (Nachdruck verboten) 45 Copyright by Verlag Neues Leben, Bayr. Gman

„Verzeihung! Gibt es für Sie und Ihren Herrn Sohn jetzt überhaupt eine andere Angelegenheit als die Suche nach den geheimen Papieren, die man Ihnen raubte?“
 „Wo sollen wir denn suchen?“
 „Sie überlassen alles der Kriminalpolizei?“
 „Sie dürften doch am ehesten das Rätsel lösen.“
 „Ich würde an Ihrer Stelle trotzdem auf eigene Faust handeln.“
 „Und mehr verderben als nützen.“
 „Sie hoffen also bestimmt, die Papiere wiederzuerhalten?“
 „Bestimmt? — Ich kann eben nur hoffen!“
 „Ein eigentümliches Zusammentreffen, daß in jener Nacht Ihr Leben und das Leben unserer reizenden Wirtin in Gefahr schwebte.“
 Lia Nissander seufzte. „Ich muß immer neue Fragen über mich ergehen lassen! Es will mich schon wieder ein Herr von der Kriminalpolizei sprechen.“
 Komitato hob aufmerksam den Kopf. „Aber man hat noch nichts gefunden, noch keinen Anhalt, wer bei Ihnen einbrang?“
 „Nein.“
 „Vielleicht wollte man Ihnen gar nichts zuleide tun.“
 Klüber murmelte. „Sind man Fräulein Nissander nicht bewußtlos?“
 Komitato hob saft die Schultern. „Vielleicht war es ein eifersüchtiger Freund!“
 „Wie dann aber...?“
 Es klotzte. Lia Nissander schritt zur Tür.
 Klüber fühlte sich sehr unbehaglich. „Ich habe eigentlich gar keine Zeit mehr.“
 Komitato staunte. „Das sagen Sie hier, im Heim Lia Nissanders? — Wenn man bei Lia Nissander ist, sollte man doch eigentlich immer Zeit haben! Ich bin es gewiß, der

Ihnen den Aufenthalt hier verleidet. Aber ich will nicht länger stören.“
 „Aber ganz und gar nicht!“
 Der Japaner beugte sich vor und flüsterte: „Herr Professor, ich muß Ihnen wirklich gestehen: Ihre Freundin ist reizend!“
 Klüber lehnte sich zurück. Aus seinen Augen sprach Abwehr. „Wie meinen Sie?“
 Da ging die Tür auf. Kriminalinspektor Schubart trat ein. Er sah unschlüssig auf die beiden Herren. „Oh, ich störe...“
 Lia Nissander erklärte: „Die Herren trinken eine Tasse Tee bei mir. Sie stören gar nicht, Herr Inspektor.“
 Schubart bot dem Professor die Hand. Auch Komitato begrüßte den Ankömmling lebenswürdig. „Wir kennen uns bereits, Herr Inspektor. Sie hatten mich einmal wegen des Dolches befragt, den man im Garten der Villa Klüber fand.“
 Schubart nickte. „Ganz recht! — Aber ich möchte wirklich nicht stören. — Es sind nur ein paar Fragen, Fräulein Nissander. Darf ich hier sprechen?“
 „Selbstverständlich, Herr Inspektor. Bitte, nehmen Sie doch Platz!“
 Schubart kam der Aufforderung nach. „Wir wissen jetzt, wer nachts bei Ihnen war, Fräulein Nissander.“
 Drei Augenpaare richteten sich voll gespannter Erwartung auf ihn.
 Lia Nissander fragte ungläubig: „Wirklich? — Haben Sie es jetzt festgestellt?“
 „Ja! — Der Mann, der Sie hier überfiel, war Daniel Lotadzje.“
 Klüber rief überrascht: „Daniel Lotadzje! Den man in Dobromierzycze ermordet im Zug fand?“
 Und Komitato schüttelte den Kopf. „Dieser Mann? — Undenkbare!“
 Der Inspektor forschte: „Warum halten Sie das für undenkbar, Herr Professor Komitato?“
 „Weil dieser Mensch Fräulein Nissander vollkommen unbekannt ist. — Bitte, ich lese das Erstnamen auf ihrem Ankleid! — Und weil ein ihr Unbekannter nicht hier bei ihr eingebrochen sein würde und dann wieder gegangen wäre, ohne zu stehlen.“

Schubart hatte eine Falte zwischen den Brauen. „Ihre Schlussfolgerung ist scharf, Herr Professor, sehr scharf, mich ich sagen! — Sie meinen also, wenn ein Fremder hier bei Fräulein Nissander eingebracht wäre, dann hätte sein Ueberfall doch nur den Zweck haben können, sich Werte anzueignen. Weil aber Fräulein Nissander nichts fehlt — kann ein gänzlich Unbekannter nicht der Eindringling sein. Ja, und doch überlegen Sie nicht ganz richtig!“ Er sah jetzt Lia Nissander an. „Haben Sie den Namen Daniel Lotadzje jemals gehört?“
 Sie bekannte: „Nein! Ich hatte keine Ahnung, daß ein Mensch dieses Namens hier in der Stadt lebt. Es wird ein Irrtum sein.“
 „Es ist kein Irrtum. Die Fußspuren haben den Mann verraten. Daniel Lotadzje war hier bei Ihnen.“
 „Aber ich verstehe das nicht.“
 „Der Mann hat bei Ihnen etwas gesucht.“
 „Ich kenne diesen Menschen ja aber nicht!“
 „Das tut nichts zur Sache. Er hat Ihre ganze Wohnung durchwühlt. Er muß etwas gesucht haben!“
 „Es fehlt mir aber gar nichts!“
 „Auch keine Briefe, keine Schriftstücke?“ Schubart sah Lia Nissander forschend an.
 Sie erklärte: „Nein. — Wichtiges fehlt mir auf alle Fälle nicht.“
 „Das ist fast nicht zu glauben! Sie sollten doch noch einmal Ihre Papiere durchsehen, ob da nichts von Wert fehlt.“
 „Ja, was soll mir denn dieser Mensch gestohlen haben?“
 „Das möchte ich eben von Ihnen wissen.“
 Klüber sagte erregt: „Aber Daniel Lotadzje soll ja möglicherweise auch meine geheimen Aufzeichnungen gestohlen haben! Wie ist das nun? Er kann doch nicht bei mir eingebrochen sein und dann hier den Ueberfall auf Fräulein Nissander ausgeführt haben!“
 Schubart sah nachdenklich zu Boden. „Denkbar wäre auch das. — Auf alle Fälle war er bestimmt hier in dieser Wohnung.“
 Da Klang Komitato's Stimme an ihr Ohr. „Ich glaube nicht, daß er Fräulein Nissander etwas entwendet hat. Er suchte bei ihr vielleicht Dinge, die sie gar nicht befaßt!“

(Fortsetzung folgt.)

Dritte württ. Notverordnung

Die Württ. Regierung hat zur Sicherung der Haushalte von Staat und Gemeinden eine dritte Notverordnung fertiggestellt, die in der nächsten Woche nach Abschluß der Beratungen im Finanzausschuß mit Wirkung vom 1. Dezember 1931 ab erlassen wird. Die 31 Artikel der Notverordnung befassen sich in der Hauptsache mit mehr oder minder wichtigen Einzelproblemen in allen Verwaltungszweigen.

Die Art. 1 und 2 bringen Änderungen des Beamtengegesetzes. So kann z. B. ein Beamter in Ruhestand versetzt werden, der durch Krankheit länger als ein Jahr, nach Zurücklegung des 55. Lebensjahres länger als 6 Monate von der Versetzung seines Amtes abgehalten worden ist. Der Art. 3 regelt die Dienstbezüge der Beamten und Angestellten und bringt eine Ausdehnung des Begriffs der öffentlichen Körperschaften, unter den künftig auch die Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern fallen. Im einzelnen ist bestimmt, daß Inhaber von Dienstwohnungen künftig ein Wohnungsgeld bezahlen. Eine Ausnahme besteht nur für die Besoldungsgruppen 11 bis 18, die auch weiter ½ des Wohnungsgeldes erhalten. Wichtig ist weiter die Bestimmung des Art. 4, wonach das Finanzministerium den Zeitpunkt für die Ausbezahlung der Gehälter abweichend von den geltenden Vorschriften bestimmen kann. Beim Verwaltungsgerichtshof ist bestimmt, daß bei der Beratung von Landes- und Gemeindeabgaben künftig drei statt bisher fünf Richter genügen.

Auf dem Gebiet der Innenverwaltung ist neu die Bestimmung, daß die Bestätigung der Ortsvorsteher künftig in den großen Städten durch das Staatsministerium, in den mittleren Städten durch die Ministerialabteilung und bei den kleineren Städten und Landgemeinden durch das Oberamt (mit Ausnahme der Oberamtsstädte und der Gemeinden 1. Klasse, für die die Ministerialabteilung zuständig bleibt) vorgenommen wird. Weiter ist bestimmt, daß für die Bestätigung von Gemeinderatsbeschlüssen in den kleineren Städten und Landgemeinden der Bezirksrat, bei Gemeinden 2. und 3. Klasse das Oberamt, sonst die Ministerialabteilung zuständig ist. Minder wichtig sind die Bestimmungen hinsichtlich der Landesfeuerlöschordnung und des Wassergesetzes. Kein Ausbau, sondern in Wahrheit eine Vereinfachung ist die in Art. 9 festgesetzte Errichtung eines Landesjugendamts, das nur aus dem Berichterstatter des Innenministeriums bestehen wird. Auf dem Gebiet des Polizeiwesens ist bestimmt worden, daß bezirks- und ortspolizeiliche Verordnungen, die keine Beschränkung der Geltungsdauer enthalten, 20 Jahre nach Erlass außer Kraft treten. Die Zuständigkeit des staatlichen Polizeiamtes ist in verschiedener Richtung erweitert worden.

Ein neuer Abschnitt behandelt die Kulturerwaltung. Hier ist vor allem die Einschränkung der Lernmittelfreiheit vorgesehen. Der Schulträger hat die notwendigen Lernmittel den Schülern nur auf Antrag der Erziehungsberechtigten zu leihen. Wesentlich erleichtert ist die Bildung von Volkshochschulen. Die hauptamtlichen Lehrer werden künftig nur durch den Staat bestellt. Das Vorschlagsrecht der beteiligten Gemeinden fällt somit weg. Nur bei den nebenamtlichen Lehrern wird künftig noch der Ortschulrat gehört. Hinsichtlich der Schulgeldordnung kann die Regierung allgemeine Richtlinien erlassen. Eine wichtige Neuerung in Württemberg ist die Bestimmung des Art. 18, der das Schullastengesetz in der Richtung ändert, daß die Oberschulbehörden, um die Beschäftigung unversetzter Lehrer zu ermöglichen, einen für eine Lehrstelle bestimmten hauptamtlichen Lehrauftrag unter mehrere Lehrer teilen können. Der Aufwand hierfür darf nicht höher sein, als wenn ein einziger hauptamtlicher Lehrer verwendet wird.

Von besonderer Wichtigkeit sind die Bestimmungen der Art. 20 bis 24. Danach sind die Gemeinden verpflichtet, Abmängel im Gemeindehaushalt, die im Lauf des Rechnungsjahres entstehen oder zu entstehen drohen, auszugleichen. Lehnt der Gemeinderat die auf den Ausgleich abzielenden Anträge ab, ohne andere geeignete Maßnahmen zu beschließen, so kann der Ortsvorsteher seine Anträge der Aufsichtsbehörde zur Prüfung vorlegen. Wenn diese nicht innerhalb einer Woche Einspruch erhebt, kann der Ortsvorsteher die beantragten Maßnahmen an Stelle des Gemeinderats anordnen und durchzuführen. Unterläßt der Ortsvorsteher die erforderlichen Anträge, so kann die Aufsichtsbehörde selbst das Erforderliche veranlassen. Die Beschwerden gegen Maßnahmen zum Ausgleich des Haushaltes haben keine aufschiebende Wirkung. Diese Bestimmungen finden auch entsprechende Anwendung auf die Amtskörperschaften; an die Stelle des Ortsvorstehers tritt der Bezirksrat. Die Art. 25-27 bringen kleine Änderungen einzelner Gesetze. Der Art. 28 regelt die Angleichung der Dienstbezüge der Beamten und Angestellten der Körperschaften des öffentlichen Rechts an die der Staatsbeamten. Für Körperschaftsbeamte ist bestimmt, daß die Pauschsumme für den persönlichen Aufwand einschließlich der Bezüge für die Tätigkeit im Vorstand, Verwaltungs- oder Aufsichtsrats einer Gesellschaft in großen Städten 25 Prozent, in den übrigen Gemeinden 15 Prozent des jeweiligen Gehalts der Beamten nicht übersteigen darf. Die Gemeinden, Amtskörperschaften und Zweckverbände dürfen die Gehälter und Pensionen nicht vor dem Zeitpunkt ausbezahlen, der für die Bezüge der Staatsbeamten jeweils bestimmt ist. Die Art. 1, 2, 4, 13, 15 bis 18, 20-24 und 29 treten als reine Notbestimmung am 31. März 1933 wieder außer Kraft.

Erläuterungen zur 3. württ. Notverordnung

Zu ungewöhnlicher Stunde fand am Samstag nachmittag im Landtagsgebäude eine Pressekonferenz statt, in der Staatsrat Dr. Hegelmaier und Ministerialrat Pfeleiderer nähere Erläuterungen zu der 3. württ. Notverordnung gaben. Wie Staatsrat Hegelmaier ausführte, gibt diese 3. Notverordnung kein vollständiges Bild über die von der Regierung zur Durchführung kommenden Sparmaßnahmen, da in den meisten Fällen wichtige Maßnahmen möglich sind, ohne daß die Gesetzgebung in Anspruch genommen wird, so vor allem auf dem Gebiet der Forstverwaltung. In der nächsten und übernächsten Woche wird die Regierung auch diejenigen Maßnahmen, die keine Änderungen von Landesgesetzen verlangen, dem Landtag und der Öffentlichkeit mitteilen. Es ist beabsichtigt, nach endgültiger Feststellung der Änderungen der 1. württ. Notverordnung die 1., 2. Notverordnung und den Inhalt der 3. Notverordnung in der endgültigen 3. Notverordnung zusammenzufassen und in einer Vorbemerkung Abfährungen für die Ausführung der einzelnen Notverordnungen des Reichspräsidenten einzuführen. Auf Anfrage teilte Staatsrat Hegelmaier noch mit, daß die in der letzten Zeit mehrfach erörterte Frage der Aufhebung von Oberamtern keineswegs endgültig begraben worden sei, wenn sie auch in diesem Entwurf noch nicht enthalten seien. Ob in der nächsten Zeit eine entsprechende Vorlage eingebracht werde, hänge von den weiteren politischen Erwägungen ab. Auf eine weitere Frage nach der Kürzung der Landtagsdiäten wurde mitgeteilt, daß die Sparskommission bei der Regierung eine Ermäßigung der Landtagsdiäten nicht beantragt habe, weil sie darauf ausging, daß der Landtag darauf Wert legt, in dieser Frage selbst die Initiative zu ergreifen.

Kleine politische Nachrichten

Anhaltender Steuerrückgang. Nachdem die Steuereinnahmen des Reiches im Oktober gegenüber dem Vorjahr um 189,4 Millionen RM. zurückgeblieben sind, wurden die Steuereinnäge für das Rechnungsjahr 1931 neu veranschlagt. Diese neuen Schätzungen werden nunmehr bekanntgegeben. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß gegenüber den Ansätzen des vom Reichstag verabschiedeten Haushaltsplanes die Besitz- und Verkehrssteuern um 750,5 Millionen Mark, die Zölle und Verbrauchsabgaben um 276,1 Millionen Mark, die gesamten Einnahmen mithin um 1 Milliarde 26,6 Millionen Mark niedriger veranschlagt worden sind.

England und die Tributzüge. Aus den Londoner Kommentaren zur letzten Rede Davals in der französischen Kammer geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß man sich in England langsam auf eine Teillösung vorzubereiten beginnt. Das Optimum, das man zu erhoffen scheint, ist eine Verlängerung des Schuldenscheiters bei gleichzeitiger Herabsetzung der bedingten Annuitäten, aber unter Aufrechterhaltung der Maschine des Youngplans.

Bulgarien protestiert gegen das Diktat von Neuilly. Ganz Bulgarien stand am Samstag, an dem sich die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Neuilly zum 12. Male jährte, im Zeichen der Trauer und großer Protestkundgebungen. Der Vertrag hatte bekanntlich die Vostrennung großer Gebietsteile, Entwaffnung und Abrüstung, Tributzahlung und die Unterdrückung bulgarischer Minderheiten in den Nachbarländern zur Folge. Studenten zertrümmerten an den Gebäuden der Gesandtschaft und des Konsulats von Südrussland mehrere Fensterscheiben.

Aus aller Welt

Geisteskranker Messerstecher.

In Finkenkrug bei Nauen bekam der frühere Bankbeamte Lehnert, der unter Verfolgungswahn leidet, mit seiner Wirtschaftlerin Streit. Er nahm ein Messer und stach auf die Frau ein. Drei andere Frauen, die auf die Hilferufe herbeieilten, bekamen ebenfalls schwere Messerstiche. Die Wirt-

schafterin ist ihren Verletzungen erlegen. Der Rasende stürzte mit dem Messer in der Hand in den Wald, stellte sich aber später selbst der Polizei.

Bier Tote im ostbayerischen Bergbau.

Auf der Charlottengrube in Rybnikau (Kr. Neuhäusl) gingen durch tektonische Erschütterungen auf dem Leoschacht eine Strecke und ein Pfeiler zu Bruch. Die dort beschäftigten 7 Bergleute wurden verschüttet. Nach mehrstündigen Rettungsarbeiten konnte man drei der Verunglückten unverletzt bergen. Die übrigen vier waren bereits tot.

Personenkraftwagen vom Elz überfahren.

Am Sonntag vormittag wurde auf dem Bahnhof Braunschweig-Ost an der Helmstedter Straße der Kraftwagen des Rittergutsbesizers von Gosler aus Elzau vom Elzug 172 überfahren. Der Kraftwagenführer und Frau von Gosler wurden getötet. Von Gosler selbst wurde mit einem schweren Bruch der Schädelbasis in das Krankenhaus eingeliefert. Der Elzug überfuhr den Kraftwagen mit einer Geschwindigkeit von 80 Stundenkilometern. Die Karosserie des Wagens wurde von dem Untergestell abgerissen und auf die Straße geschleudert. Das Untergestell selbst klemmte sich unter die Lokomotive und wurde etwa 500 Meter weit mitgeschleift. Der Benzintank explodierte unter der Lokomotive. Das dadurch entstandene Feuer wurde durch die Bahnfeuerwehr gelöscht. Der Schrankenwärter erlitt einen Nervenschock.

600 Indianer vom Schneesturm mit dem Tode bedroht.

Durch einen gewaltigen Schneesturm in der Gebirgswüste im Westen von Neumexiko (USA.) sind 600 Indianer eingeschneit und in höchste Lebensgefahr geraten. 9 sind bereits gestorben. Rettungsmannschaften sind von Gallup in Marsch gesetzt worden.

Der Südatlantik in West-Ost-Richtung überflogen.

Der australische Flieger Hinkler, der am 25. November nachts von Port Natal in Brasilien abgeflogen war, ist am 27. November nachmittags in St. Louis in Französisch-Westafrika eingetroffen. Er hat damit als erster Flieger den südlichen Atlantik ohne Zwischenlandung in dieser Richtung überflogen.

Aus Württemberg

Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg.

Nach dem Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg im Rechnungsjahr 1931 bis Ende Oktober 1931 hat im ordentlichen Haushalt die Mehrausgabe 14 158 000 und im außerordentlichen Haushalt die Mehrausgabe 3 096 000 RM. betragen.

Von den Haller Diakonissen.

Das größte Ereignis, das der neueste Jahresbericht aus dem Leben der Haller Diakonissenanstalt in den letzten zwei Jahren verzeichnet, war der Bau des neuen Krankenhauses. Ueberfüllte Räume und die Ueberlastung der Einrichtungen zwangen dazu. Um möglichst viele Südzimmer zu erzielen, wurde die Form des Hochhauses gewählt. Der neue Bau beherbergt 300 Betten. Die Haller Anstalt ist damit instand gesetzt, allen Anforderungen zu entsprechen. Das Diakonissenwerk konnte sich auch in den beiden vergangenen Jahren weiter entfalten. Neue Arbeitsgebiete erschlossen sich, neue Gemeindefestungen wurden gegründet, alte vergrößert. Es arbeiten jetzt auf 176 Stationen 212 Schwestern. Außerdem sind in sonstiger auswärtiger Arbeit 96 Schwestern, im Mutterhaus und im Calwer Erholungsheim 125 Schwestern. Die Schwesternschaft zählt insgesamt 496 Schwestern. Das Jahr 1930 brachte einen reinen Zuwachs von 8 Schwestern, das Jahr 1931 von 22 Schwestern. Freilich ist der Schwesternmangel noch drückend. Das neue Krankenhaus erfordert vermehrte Kräfte und immer wieder kommen neue Bitten um Schwestern. Von der Liebe in weitesten Kreisen der Gemeinden zum Haller Diakonissenwerk zeugen die Gaben anlässlich der Herbstsammlung und der Weihnachtsbescherung, auch manche Kirchenopfer. Freilich bedarf die Anstalt dringend dieser Hilfe.

Aus Stadt und Land

Calw, 30. November 1931.

Mittlere Verwaltungsdienstprüfung.

Auf Grund der in den Monaten September, Oktober und November 1931 vorgenommenen mittleren Verwaltungsdienstprüfung sind 123 Kandidaten zu Verwaltungspraktikanten bestellt worden. Aus dem Bezirk Calw haben Gerhard Frey von Liebersberg, Wilhelm Krenz von Bad Liebenzell und Karl Schöffler von Oßelsheim die Prüfung mit Erfolg abgelegt.

Weitere Erleichterung der Benutzung von Sonntagsarten über Weihnachten und Neujahr.

Nach der erheblichen Erweiterung der Gültigkeit der Sonntagsarten über Weihnachten und Neujahr hat die Reichsbahn nunmehr auch davon abgesehen, die Sonntagsarten über jene Feiertage für Schnellzüge zu sperren. Es können mithin Sonntagsarten auch über Weihnachten und Neujahr gegen Zahlung des tarifmäßigen Zuschlages zur Fahrt mit Schnellzügen benutzt werden (ausgenommen S-D, S-D- und L-Züge).

Telephonischer Hilfsdienst für Kraftfahrzeuge an Landstraßen

Im Reich ist jetzt von der A.H.L.-Autohilfe mit Unterstützung des Reichsverkehrsministeriums, der Mehrzahl der deutschen Automobilclubs und anderer Interessenverbände ein Hilfsdienst ins Leben gerufen worden, der bezweckt, an den Landstraßen das telephonische Herbeirufen von Hilfe für Kraftfahrzeuge zu ermöglichen. Der Hilfsdienst hat es sich zur Aufgabe gemacht, an den Landstraßen in Abständen von höchstens vier bis fünf Kilometer Fernsprecher und in Abständen von etwa 15 Kilometer Autohilfsstellen zu errichten. Die Autohilfsstellen werden bei Reparaturwerkstätten, Tankstellen usw. untergebracht. Für den telephonischen Hilfsdienst werden in der Hauptsache in unmittelbarer Nähe der Landstraßen gelegene Teilnehmerstellen oder öffentliche Sprechstellen benutzt. Wo in größeren Abständen geeignete Fernsprechanstöße fehlen, werden besondere private Meldestellen an den Landstraßen errichtet. Diese bestehen aus einem in einem weiterführenden, verschließbaren Kasten untergebrachten Fernsprecher, der an einem durch ein auffallendes Schild kenntlich gemachten Mast befestigt ist. Diese Meldestellen werden durch besondere, von der Deutschen Reichspost gegen Erstattung der Selbstkosten zur Verfügung gestellte Leitungen mit der nächsten Autohilfsstelle verbunden. Ein unmittelbarer Sprechverkehr zwischen den privaten Meldestellen und Anschlüssen des öffentlichen Fernsprechnetzes ist nicht möglich. Die Meldestellen können nur von solchen Kraftwageninhabern benutzt werden, die Mitglieder der A.H.L.-Autohilfe sind und gegen Zahlung einer Jahresgebühr einen Schlüssel erhalten haben. Nachdem schon einige Strecken mit einer Gesamtlänge von rund 1500 Kilometer und 150 Masten auf diese Weise ausgebaut sind, werden weitere Strecken in Angriff genommen.

Kranke auf der Reichsbahn.

Von den Einrichtungen, die die deutsche Reichsbahn zur bequemeren Beförderung von Kranken getroffen hat, wird verhältnismäßig wenig Gebrauch gemacht. Das dürfte zum Teil daran liegen, daß die Einrichtungen nicht genügend bekannt sind. Von der Beförderung auf der Reichsbahn sind ausgeschlossen nur pestkrante und pestkrantverdächtige Personen. Kranke, die an schweren ansteckenden Krankheiten, wie Cholera, Fleckfieber oder Pocken, leiden, werden unter größter Vorsicht nach Beschleunigung eines beamteten Arztes in einem besonderen Wagen befördert. Personen mit ansteckenden Krankheiten, wie Diphtherie, Ruhr, Scharlach usw. werden befördert, wenn ihnen ein besonderes Abteil zugewiesen werden kann. Für sitzend oder liegend zu befördernde Kranke hat die Reichsbahngesellschaft die verschiedensten Einrichtungen getroffen. Die Reichsbahngesellschaft verfügt zurzeit über 69 Krankenwagen, und zwar 11 Krankensalonwagen und 58 Personenwagen dritter Klasse mit besonders eingerichteten Krankenabteil.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Die westliche Depression verliert an Einfluß. Für Dienstag und Mittwoch ist trockeneres, aber immer noch mehrfach bedecktes, ziemlich unfreundliches Wetter zu erwarten.

Höfen a. Erz, 20. Nov. Um die frei gewordene, gewiß nicht fürstlich bezahlte Stelle des hiesigen Posthelfers haben sich neben älteren Personen ungefähr 30 Jungmänner unter 25 Jahren beworben.

ESB. Neuenbürg, 20. Nov. Ein hiesiger Pferdebesitzer erstand vor Jahresfrist um 250 Mark ein Arbeitspferd. In Anbetracht der schlechten Wirtschaftslage sollte das Viehlein nun seinen Herrn wechseln, zu welchem Zweck es auf den Pforzheimer Pferdemarkt getrieben wurde. Dort mußte er es um 10 Mm. zurücklassen. Ein höheres Angebot wurde nicht gemacht.

ESB. Pforzheim, 20. Nov. Abends stieß auf der Wildbacher Straße der Fahrer eines Personenkraftwagens mit einem Pferdebesitzer zusammen, wobei der Kraftwagen so beschädigt wurde, daß er abgeschleppt werden mußte. Dem Kraftwagenfahrer, der angetrunken war, wurde der Führerschein abgenommen. Der Lenker des Pferdebesitzers war ebenfalls angetrunken.

Untertalheim, 20. Nov. Die hiesige Gemeindefachweide wurde gestern auf 1. April 31 bis Dezember 1932 um 590 Mark (im letzten Jahre 900 Mark) an den bisherigen Pächter Johannes Müller, Bauer und Schäfer hier, neu verpachtet.

Weilberstadt, 20. Nov. Wegen den Voranschlag des Gemeindefachweides für das Rechnungsjahr 1931 hat das Oberamt Einspruch erhoben mit der Begründung, daß der ungedeckte Abmangel von 29 840 Mark unmöglich durch erhöhte staatliche Zuschüsse gedeckt werden könne. Es verlangt, daß die Ausgaben, soweit sie nicht durch Geseh oder sonstige Verpflichtungen feststehen, den vorhandenen Mitteln angepaßt werden. Der Gemeinderat sah sich deshalb gezwungen, an den einzelnen Ausgabeposten zusammen 13 750 Mark zu streichen.

ESB. Stuttgart, 20. Nov. Nach der Fortschreibung der Einwohnerzahl gehört Stuttgart seit 1. November d. J. zu den Großstädten mit mehr als 400 000 Einwohner. Am 1. Oktober betrug die Einwohnerzahl 399 573. Der übliche Oktoberzuwachs ergab in diesem Jahr einen Überschuß der Zugänge über die Wegzüge von 1439. Einschließlich des Oktobergeburtenüberschusses von 47 ergibt sich danach auf 1. November eine Einwohnerzahl von 401 059 Köpfen. Bei der letzten Volkszählung von 1925 wurden im damaligen Stadtgebiet 341 967 Einwohner gezählt.

wp. Stuttgart, 20. Nov. Am gestrigen ersten Adventssonntag fand unter starker Anteilnahme der evangelischen Bewohner der Karlsstadt die feierliche Einweihung der neuen Kreuzkirche statt. Das Gotteshaus, das von der evangelischen Gesamtkirchengemeinde unter großer Opferwilligkeit der 8 bis 9000 Seelen zählenden Kreuzkirchengemeinde erstellt worden ist, ist ein wohl gelungenes Werk des Architekten Rudolf Behr.

ESB. Göttingen, 20. Nov. Gestern nachmittag wurde der 12jährige Schüler Hummel von Schlierbach im Verlauf eines Streites unter Geschwiffen aus nichtigem Anlaß mit einem Messer in die Brust gestochen, wobei das Herz verletzt wurde. Der Junge wurde mit dem Sanitätsauto ins Bezirkskrankenhaus Göttingen verbracht, wo er in lebensgefährlichem Zustand darniederliegt. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten soll der Streit anläßlich eines Ballspiels, das die Geschwister unter sich durchzuführen wollten, entstanden sein.

Zurück zu Methusalem?

Langlebigkeit als ererbte Eigenschaft. — Die Zunahme der Lebensdauer. — Ein biologisches oder hygienisches Problem? Von Wilhelm Näermann.

Die mittlere Lebensdauer weist seit einigen Jahrzehnten in fast allen Kulturländern eine geradezu auffallende Steigerung auf. Die Gründe dafür sind verschiedener Art. Einer der ausschlaggebenden beruht in der außerordentlichen Zurückdrängung der Säuglingssterblichkeit, die vor einem halben Jahrhundert sich noch auf fast 24 von 100 Lebendgeborenen belief, heute aber auf weniger als die Hälfte — auf 9,6 v. H. — gesunken ist. Aber auch der Fortschritt in der medizinischen Wissenschaft und verbesserte hygienische Verhältnisse haben erheblich dazu beigetragen, daß ein Neugeborener heute im Durchschnitt ein Alter von 56 Jahren erreicht, während er vor fünf Jahrzehnten kaum 40 Jahre alt geworden wäre. Und für etwa die Hälfte der heute Geborenen besteht sogar die Aussicht, daß sie es auf das biblische Alter von 70 Jahren bringen.

Nun sind es aber nicht allein äußere Umstände, wie Gesundheitspflege und höhere ärztliche Kunst, die eine Erwartung höherer Lebensjahre rechtfertigen. Ganz unzweifelhaft sprechen auch biologische Gründe mit. Allerdings ist sich die Wissenschaft noch nicht ganz darüber im klaren, welcher Gruppe der überwiegende Einfluß zuzuschreiben ist. Liegt hier ein positiver Grund vor oder viellecht nur das Fehlen gewisser Erbfaktoren, die den Betreffenden für bestimmte Krankheiten besonders veranlagend machen? So viel steht jedenfalls fest, daß Menschen, die ein ungewöhnlich hohes Alter erreichen, nur in den seltensten Fällen an Krankheiten zu leiden gehabt haben. Daß Langlebigkeit in gewissem Grade ererbt werden kann, dafür dürften der Mehrzahl der Leser Beispiele aus ihrer eigenen Erfahrung zur Verfügung stehen. Jeder kennt wohl die eine oder andere Familie, deren Mitglieder sämtlich oder zum überwiegenden Teil ein ungewöhnlich hohes Alter erreichten.

Sehr aufschlußreich sind in dieser Beziehung die unlängst veröffentlichten, im Laufe von zwei Jahrzehnten gesammelten Erfahrungen eines Schweizer Arztes an 97 Neunzigjährigen und noch älteren Leuten, von denen 56 weiblichen, 41 männlichen Geschlechts waren.

Unter den 97 bald Hundertjährigen befanden sich keine Invaliden, ebensowenig Taube, Blinde oder Gelähmte, auch kein Bettlägeriger. Fast alle bewegten sich viel in freier Luft, nur eine der Greisinnen war ans Zimmer gefesselt. In dieser Hinsicht unterscheidet sich auffallenderweise die Gruppe der Neunzigjährigen typisch von den Siebenzig- und Achtzigjährigen, unter denen sich zahlreiche Kranke finden. Auch wenn die Neunzigjährigen das Ziel des Lebens erreicht haben, unterscheidet sich ihr Scheiden aus dieser Welt von dem Sterben der jüngeren Lebensgruppen. Der Schweizer Arzt sah keinen von jenen nach längerem Kranksein sterben; nur wenige waren länger als eine Woche vor ihrem Ende bettlägerig. Keine bösartigen Geschwülste, keine Infektionen oder Lähmungen führten das Ende herbei. Ihr Leben erlosch eben ohne Krankheitserscheinungen. Keiner der Neunzigjährigen hatte je eine Operation durchzumachen gehabt. Rheumatismus, Magenleiden, Hämorrhoiden und andere Leiden waren in früheren Jahren wohl bei einigen aufgetreten, aber wieder geheilt.

Die ärztliche Praxis vermag aus dem Leben der Neunzig- bis Hundertjährigen keine großen Erfahrungen zu sammeln. Sie hatten fast ausnahmslos ein ruhiges Leben ohne Ausschweifungen geführt. Starke Raucher oder Trinker fanden sich nicht unter ihnen. Das will allerdings nicht viel besagen. Denn es gibt genug bekannte Staatsmänner, Gelehrte und Künstler, die gleichfalls die Neunzig erreichten, überschritten oder ihnen wenigstens nahe kamen, obwohl sie zum Teil regelmäßig und stark rauchten und auch einem guten, kräftigen Tropfen alles andere als abhold waren.

Die Erfahrungen des genannten Arztes lassen eigentlich keinen Zweifel daran, daß sich in der Bevölkerung — und das dürfte, wenn auch in verschiedenem Ausmaße, für alle Länder

gellen — gewisse Abarten in ihrer konstitutionellen Veranlagung finden, welche die Aussicht auf die Erreichung eines besonders hohen Lebensalters gewissermaßen als Erbgut mitkommen haben. Doch auch den in dieser Hinsicht weniger Begünstigten eröffnen sich, wie eingangs bereits angedeutet, heute rosigere Aussichten als früher. Eine Verlängerung des Lebens ist in der Tat fast überall zu beobachten, wobei darunter die Zunahme der Anzahl Menschen zu verstehen ist, die Gelegenheit erhalten, einen natürlichen Tod zu sterben. Säuglingschub, Kinderhygiene, Kampf gegen die Tuberkulose und andere endemische Krankheiten, Immunisierung gegen die verschiedensten Arten der Infektion, Vorbeugungsmaßnahmen gegen Berufskrankheiten, Versorgung mit gutem Trinkwasser, Unschädlichmachung von Abfallstoffen, Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, Aufklärung hinsichtlich aller für die Volksgesundheit wichtigen Fragen — alles wirkt zusammen, um den Menschen gegen vermeidbare Krankheiten zu schützen und dadurch sein Leben zu verlängern. Daß jenes Bibelwort „Unser Leben währet 70 Jahre“ schon für eins der nächsten Geschlechter allgemeine Wahrheit erhält, ist eine Möglichkeit, mit deren Verwirklichung durchaus zu rechnen ist. Allerdings, bis zu den 969 Jahren des seligen Methusalem werden wir es wohl niemals bringen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Frachtermäßigung für frisches Obst.

Der zur Erleichterung des Obstbezugs durch Haushaltungen eingeführte Stückgut-Ausnahmetarif 16 p für frische Äpfel, Birnen, Pflaumen und Zwetschgen, dessen Geltungsdauer zunächst bis 30. November beschränkt war, wird bis zum 31. Dezember 1931 verlängert.

L. G. Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 28. November.

Tafeläpfel 5-12; Tafelbirnen 6-20; Dauten 9-12; Walnüsse 25-30; Kartoffeln 4-5; Kopfsalat 5-10; Endivienalat 5-10; Wirsing 5-6; Filderkraut 3-4; Weißkraut 3-4; Rotkraut 5-6; Blumenkohl 20-40; Rosenkohl 10-20; rote Rüben 5-8; gelbe Rüben 5-6; Karotten 6-10; Zwiebeln 6-8; große Gurken 20-50; Rettiche 3-8; Monatsrettiche 7 bis 8; Sellerie 6-20; Tomaten 25-40; Schwarzwurzeln 30 bis 35; Spinat 10-12; Kohlraben 4-7.

Schweinepreise

Güglingen: Milchschweine 5-10, Käufer 15-30 M. — Fischen: Milchschweine 8-15 M. — Marbach: Milchschweine 7-11 M. — Nürtingen: Milchschweine 6-15 M. — Ulm: Milchschweine 8-15 M.

Fruchtpreise

Erolzheim: Dinkel 8,70; Weizen 11-12; Haber 7-7,10; Gerste 8-9 M. — Tübingen: Weizen 12-14; Dinkel 10,50 bis 11,50; Gerste 8,75-9,60; Haber 6,50-8 M. — Wimmenden: Weizen 12,50-13; Haber 7-8,50; Dinkel 10,70-11; Roggen 11,50; Gerste 9-9,30 M.

Calwer Wochenmarkt.

Bei dem am letzten Samstag stattgefundenen Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt: Weißkraut 8, Blaukraut 10, Wirsing (Kohlkraut) 10, Spinat 30, Zwiebeln 10, gelbe Rüben 10, rote Rüben 10, Äpfel 8, Birnen 10, Nüsse 25, Dauten 17 Pfg. je das Pfund; Rosenkohl 20-30, Blumenkohl 25-30, Endivien 10-15, Kopfsalat 8-10, Rettiche 5-10, Lauch 3-5 Pfg. je das Stück; Adersalat Teller 25 Pfg.; Volkereibutter 1,70, Landbutter 1,40 Mm. das Pfund; Eier 10-14 Pfg. das Stück.

Die detaillierten Kleinhandelpreise dürfen selbstverständlich nicht an den Wochen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Rücksicht kommen. Die Schriftl.

Stadt.
Hausfrauen-Berein Calw
Zur Gemeinderatswahl.
Die auf heute abend 8 Uhr im Hotel Adler einberufene **Wahlversammlung findet nicht statt.**
Die aus dem Hausfrauenverein für die Gemeinderatswahl aufgestellten Bewerberinnen ziehen hiemit ihre **Anstellung öffentlich zurück.**
Wir bitten, die uns etwa zugebachten **Stimmen auf Frau Stadtschultheiß Conz zu übertragen.**
I. A.: Frau Lydia Widinger.

Wahl-Drucksachen aller Art fertigt rasch und billigst die Druckerel d. Blattes.

Bauplatz schöne, sommerliche Lage zu kaufen gesucht. Angebote mit Größe und Preis unter S. Z. 279 an die Gesch.-Stelle ds. Bl.
Fischreusen stets vorrätig, alte werden prompt und billig repariert. G. Bauer, Schlosserei Ernstmühl

Deffentl. Versammlung
Am 1. Dezember 1931, abends 8 Uhr spricht im Hotel zum „Löwen“, Hirsau **Bürgermeister Dirr, Stammheim** über:
Nationalsozialismus und Gemeindepolitik
Eintritt frei Freie Aussprache
N. S. D. A. P.
Ortsgruppe Hirsau.

Backartikel
in ausgesucht guter Qualität und Preiswürdigkeit bei
K. Otto Vinçon, Telefon 171

Auf die Vorbereitung kommt es an!
Weihnachtswünsche werden schon Wochen vor dem Fest laut. Es liegt bei denwerbenden Kaufleuten, diesen Wünschen greifbare Formen zu geben. Wer zu Weihnachten das Vertrauen der Käufer besitzen will, beginne schon jetzt mit der Anzeigenwerbung im
Calwer Tagblatt

Bad Liebenzell.
Im Wege der **Zwangs-vollstreckung** versteigere ich am Dienstag, den 1. Dezbr., vorm. 10 Uhr gegen bare Bezahlung:
1 Schreibisch und eine Kontrollkassette, ferner:
1 eichenes Zimmerbucsett, 1 Singer-Nähmaschine, 1 Persepteppich 100/160.
Zusammenkunft b. Rathaus
Dhngemach
Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw

Simmozheim.
Im Wege der **Zwangs-vollstreckung** versteigere ich am 1. 12. 31 nachm. 2 Uhr gegen bare Bezahlung:
1 Auszugisch eichen, 1 Waschkommode mit Spiegelaufsatz und Marmorplatte, 1 Nähmaschine Grigner, 1 alten Opelwagen (zum Ausschlagen).
Zusammenkunft b. Rathaus.
Der Verkauf findet bestimmt statt.
Weidenbach
Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw.

Brennessel- und Birkenhaarwasser für Haare und Haarboden Flasche Mk. 1.50 bei **K. Otto Vinçon, Calw**

Die schönsten Mäntel zu billigsten Preisen bei **KRÜGER & WOLFF, Pforzheim**
Wegen Wegzugs vermiete ich Leberstr. 37 in Calw eine schöne, geräumige, neu-gerichtete **3-Zimmer-Wohnung** mit Zubehör. Frau Frieß wird dieselbe vorzeigen. Angebote sind zu richten an **Berta Reichherr Ww. Bad Liebenzell, Hindenburgstraße.**
Calwer Lieberkranz Heute Abend 8 1/2 Uhr **Singstunde** für gemischten Chor. Die Damen werden um voll-zählige Teilnahme gebeten. R.

Spar wo's am Platz wie's die Zeit begehrt, doch beim Friseur zu sparen ist verkehrt.

Rheuma-, Gicht- und Nervenschmerzen? sofort **Walmurzfluid!** Flasche 2.-, Spezial 3.-. „Da ich Ihr Walmurzfluid mit sehr gutem Erfolg gegen m. Rheumatismus angewandt habe“. (Zeugn.) In den Apotheken Calw, Leinach, Liebenzell.

Größere Anzeigen tags zuvor aufgeben!